

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 114

Neuenbürg, Montag den 19. Mai 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 17. Mai. Wie das Neue Tagblatt hört, wird ein Gesetzesentwurf vorbereitet, wonach sich die noch für Lebenszeit gewählten Ortsvorsteher in Württemberg im Verlauf einer kurz bemessenen Frist einer Neuwahl zu unterziehen haben.

München, 17. Mai. Der Entwurf des bayerischen Abgesandten ist fertiggestellt. Er geht weit hinaus über die vom Reich vorgesehene Bestimmungen. Während das Reich den Räten nur wirtschaftliche Befugnisse zugestehen will, in Bayern auch politische Mitbestimmungsrechte bis zu im lokalen Behörden gewährt werden. — Der Vorstand des Bayer. Zentralwirtschaftsamts Dr. Neuraith ist von der bayerischen Regierung Hoffmann seines Amtes enthoben worden. Dr. Neuraith war berufen, um die Volksozialisierung in Bayern durchzuführen. — Der Leiter des Sanitätsdienstes der Roten Armee, Dr. Schollenbruch, hat sich nach jahrelangem Umherirren selbst der Polizei gestellt.

Berlin, 17. Mai. Gegen die Art, wie durch die britische Zensurbehörde auf die linksrheinische deutsche Presse während der Friedensverhandlungen eingewirkt wird, hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa Protest erhoben. Die Zeitungen des besetzten Gebietes sind die einzigen Blätter der ganzen Welt, die nicht in der Lage waren, die Erklärungen der deutschen Staatsmänner in Versailles und in Berlin widerzugeben. Der Waffenstillstandsvertrag gibt den Besatzungsbehörden kein Recht auf derartige Eingriffe. Ferner hat die Besatzungsbehörde kein Recht, einen Teil des deutschen Volkes in seiner schwersten Stunde daran zu hindern, die Wahrheit zu erfahren.

Berlin, 17. Mai. Von Norwegen werden 400 000 kg Medizinal-Erdbeeren nach Deutschland eingeführt, die zum Preis von 8,50 Mk. als Sonderbeweisung durch Vermittlung der Apotheken und Drogerien an unterernährte Kinder, Kranke und alte Frauen und Männer, Fürsorgestellen und Heilanstalten für Kinder, Krankenhäuser, Kliniken, Langenheilanstalten, Siechen- und Altersheime abgegeben werden.

Berlin, 18. Mai. Die Dampfschiffpreise sind nach einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger mit Wirkung vom 1. Mai ab aufgehoben. — Im besetzten westdeutschen Gebiet haben zahlreiche Agenten, insbesondere amerikanischer Herkunft, die Anknüpfung von Handelsbeziehungen aufgenommen. — Der frühere Führer der Berliner Volksmarine-Abteilung, Leutnant Doernbach, wurde bei einem Fluchtversuch im Kriminalgericht schwer angefaßt. Er war von Eisenach nach Berlin gebracht worden und sollte ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden. — Die ehemaligen deutschen Schiffe „Kronprinzessin Cecilie“, „Kronprinz Wilhelm“, sowie „Kaiser Wilhelm II.“ wurden vom amerikanischen Schiffsamt für den Postdienst zwischen New-York und südamerikanischen Häfen bestimmt. — Der bayerische Bischof Eßmann hat folgendes Telegramm an den Papst geschickt: Inständig bitte ich Eure Heiligkeit, für Abwendung der Friedensbedingungen einzutreten, welche das Todesurteil unseres Volkes bedeuten.

Röln, 18. Mai. Die britischen Behörden haben bis jetzt weiteres alle Versammlungen der Zentrumspartei verboten. Es dürfen daher auch solche Versammlungen der Zentrumspartei nicht stattfinden, die bereits genehmigt worden sind.

Röln, 18. Mai. Laut Cologne Post ist von englischen Kaufleuten die Gründung einer englischen Handelskammer in Köln beschlossen worden. Die Gründung wird in London eingetragen. In Köln wird zunächst ein Ausschussbureau eingerichtet, in dem außer dem Sekretär der Kammer auch ein Vertreter der Wirtschaftsabteilung der englischen Militärbehörden Aufnahme erteilt wird. Ueber 30 führende englische Firmen waren auf der Gründungsversammlung vertreten.

Zu den Verhandlungen in Versailles.

Berlin, 17. Mai. Die Deutsche Tageszeitung erfährt aus amerikanischer Quelle, die sich offiziell beteiligt. Es wird der Pariser Presse mitgeteilt, daß, falls die Deutschen über die gewährten 14 Tage hinaus eine Verlängerung der Verhandlung erbitten, ihnen diese nicht gewährt wird.

Die Tageszeitung erfährt: Ueber die vermittelnde Dauer der Konferenz und ihren Ausgang sind vorläufig nur Kombinationen möglich. Es kann sein, daß nach Abgabe der deutschen Antwort am 22. Mai eine Frist für die endgültige Entscheidung bis Anfang Juni gestellt und dann noch einmal verlängert wird. Es kann aber ebenso sein, daß die Verhandlungen nach dem 22. Mai ein sehr rasches Ende nehmen.

Berlin, 17. Mai. Die von einem Leipziger Blatte gebrachte Nachricht von einem bevorstehenden Rücktritt des Grafen Brockdorff-Ronau ist in vollem Umfang unzutref-

send. Graf Brockdorff ist heute nach Spaa gereist, um dort mit Dr. Dernburg zusammenzutreffen. Er wird am Montag wieder nach Versailles zurückkehren.

Wie WTB. dazu erfährt, hat die Besprechung des Grafen von Brockdorff mit Dr. Dernburg in Spaa den Zweck, eine persönliche Fühlungnahme zwischen der deutschen Delegation und der Berliner Regierung herzustellen. Eine Reise nach Berlin ist unmöglich, weil die Hin- und Rückfahrt mehrere Tage in Anspruch nehmen würde und die Anwesenheit des Grafen Brockdorff in Versailles wegen des baldigen Ablaufs der Frist für die Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge unbedingt notwendig ist.

Ein Reiz der Landwirte nördlich des Memelstromes.

Tilsit, 17. Mai. Gegen den habgierigen Plan des Feindes, den nördlich des Memelstromes gelegenen Teil Ostpreußens mit zu der sonstigen Raubmoffe zu schlagen, haben die Landwirtschaftlichen Vereine der Kreise Memel, Ragnit und Tilsit Stellung genommen. In den von ihnen an die zuständigen Stellen übermittelten Drahtungen heißt es u. a.: Wir weisen die besorgliche Abtrennung unseres Bodens und Besitzes von Deutschland mit Entrüstung zurück. Keine Macht der Welt darf uns unser deutsches Vaterland rauben, an dem wir treu und fest hängen. Nur dieses Land kann und wird uns deutschen litauischen Landwirten Schutz und Förderung gewähren, während ihre Abtrennung wirtschaftlichen und sittlichen Niedergang bedeutet. Wir werden uns mit allen Kräften gegen jede Vergewaltigung wehren und eine uns mit Gewalt aufgezwungene fremde Macht niemals anerkennen.

Ausland.

Basel, 17. Mai. Wie verlautet, wurde soeben zwischen Deutschland und der Schweiz auf der Grundlage eines Durchschnittspreises von 105 Franken ein neues Kohlenabkommen getroffen, das deutscherseits eine monatliche Lieferung von 30 000 Tonnen Kohlen, 20 000 Tonnen Koks aus dem Ruhrrevier, sowie 12 000 Tonnen rheinische Braunkohlenbriketts vorsieht. Das Abkommen läuft vom 1. Juni an zunächst für 6 Monate.

Haag, 17. Mai. Das englische Arbeiterblatt „Daily Herald“ veröffentlicht ein auffeherregendes Dokument der englischen Regierung, nämlich ein Rundschreiben an die verschiedenen Armeekommandos, in dem die Kommandeure ersucht werden, mitzuteilen, ob auf ihre Truppen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gerechnet werden könne, ob sie bereit seien, Streiks zu unterdrücken, und ob die Truppen gegebenenfalls verpflichtet würden, in Rußland oder anderweitig Ueberseesdienst zu nehmen.

Haag, 17. Mai. Der Haager Korrespondent des Allgemeinen Handelsblades meldet, daß die vorübergehende Störung in der Einfuhr von Lebensmitteln aus den assoziierten Ländern nach Deutschland beseitigt ist und daß die Einfuhr wieder fortgesetzt werde.

Amsterdam, 18. Mai. Reuters meldet, daß die Russen ein Ultimatum an Rumänien gerichtet haben. Beide Länder befinden sich im Kriegszustand.

Paris, 18. Mai. Der österreichische Friedensvertrag ist fast fertig. Die Bestimmungen über die Verantwortlichkeit für den Krieg sind faktisch dieselben wie in dem Deutschland betreffenden Vertrage, aber der frühere Kaiser Karl wird nicht angeklagt.

Paris, 17. Mai. Es verlautet, daß der Friedensvertrag mit Deutschland eine Klausel enthält, die noch nicht veröffentlicht wurde und in der bestimmt wird, daß die Ratifikation des Vertrages durch Deutschland und drei der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte den Vertrag zwischen den ratifizierenden Parteien in Kraft setzt und auf diese Weise die sofortige Wiederaufnahme des Handels zwischen ihnen möglich machen wird.

Paris, 16. Mai. „L'oeuvre“ bringt die eigenartige Meldung, daß sich Marschall Joffre wegen Unterzeichnung eines Telegramms, durch das Rumänien seinerzeit genötigt war, in einem ungünstigen Augenblick den Krieg einzutreten, vor einer parlamentarischen Kommission verantworten soll. Man rechnet infolgedessen damit, daß Joffre in Anklagezustand versetzt wird.

Paris, 16. Mai. Es ist jetzt beschlossen worden, daß die in amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe amerikanisches Eigentum bleiben sollen.

Feindliche Maßnahmen für eine Besetzung Deutschlands.

Röln, 17. Mai. Marschall Foch ist, nachdem er in Begleitung von General Manquin in Odést am Rhein die dortigen französischen Truppen besichtigt hatte, in Röln heute vormittag auf einem festlich geschmückten Rheindampfer,

gegenüber dem Stapelhaus angekommen. Der Dampfer trug an oberster Stelle die englische, dann die amerikanische, dann nebeneinander die französische und belgische Flagge. Am Ufer bildeten die Truppen Spalier. Marschall Foch ist von den Truppen durch Zurufe begrüßt worden.

Wien, 17. Mai. Das deutsche Volksblatt meldet von der italienischen Grenze: General Diaz leht am Montag vom Pariser Kriegesrat in das italienische Hauptquartier zurück. Es sind militärische Maßnahmen der italienischen Heeresleitung ergangen, die eine Teilnahme Italiens an der voraussichtlichen Besetzung Deutschlands als wahrscheinlich erscheinen lassen.

Rotterdam, 17. Mai. „Morningpost“ meldet: Die englische Admiralität will die Nordflotte auslaufen lassen. Die Besetzung der deutschen Häfen durch die Schiffe der Alliierten ist für den Fall der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages in Aussicht genommen. (Jetzt nachdem die deutsche Flotte nicht mehr existiert, getraut sich die englische Flotte aus ihren Schlupfwinkeln heraus. Schriftl.)

Kopenhagen, 17. Mai. Durch den Sund sind gestern früh 8 englische Kriegsschiffe in der Richtung gegen Osten gefahren. 7 weitere englische Kriegsschiffe folgten in den Mittagsstunden auf der Fahrt durch die Ostsee.

Das unzufriedene Italien.

Berlin, 17. Mai. In Italien wächst, wie der „Vorwärts“ berichtet, die Unzufriedenheit mit den Pariser Nachschüssen immer mehr. Nach dem „Corriere della Sera“ verweigert der französische Frieden den Besiegten jede Möglichkeit, wieder festen Fuß zu fassen. Orlando und Sonnino bestehen, dem „Secolo“ zufolge, auf strikter Durchführung des Londoner Vertrages. Bei der Beratung über Südtirol oder der Beratung des gesamten italienischen Problems werde die italienische Delegation wohl auch den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland auf die Tagesordnung setzen.

Versailles, 17. Mai. Auf der Pariser Konferenz ist es heute zu einem neuen schweren Zusammenstoß mit den Italienern gekommen. Benigno erklärte, daß er für Griechenland an dem vollen Programm festhalte und nicht gelassen sei, etwas nachzulassen, da Griechenland vonseiten Frankreichs und Englands schriftliche Geheimverträge habe, welche er vorzeigte. Orlando und Sonnino haben darauf aufs höchste erbitert die Konferenz aufs neue verlassen. (Man wird gut tun, auf diese Fäkerlein keine besonderen Hoffnungen bei uns zu bauen. Schriftl.)

Die Wiederherstellung der „Internationale“.

Rotterdam, 16. Mai. Dem „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ wird aus Paris gemeldet, daß die französischen, britischen und niederländischen Delegierten der Gewerkschaften beschlossen haben, für den 28. Juli in Amsterdam eine internationale Arbeiterkonferenz einzuberufen. Das Programm betrifft die Wiederherstellung der Internationale, die Untersuchung der internationalen Lage und der Ansprüche der Arbeiter.

Englische Arbeiter lehnen einen Sozialisierungsvorschlag ab.

London, 17. Mai. Die Versammlung des Verbandes der Maschinisten und Schiffbauarbeiter, die gestern in Cardiff abgehalten wurde, hat den Vorschlag der britischen Regierung, die Schiffwerften den Arbeitern mit Staatshilfe zur eigenen Ausbeutung zu überlassen, abgelehnt. Die Versammlung erklärte, daß die Regierung die nationalen Werften selbst verwalten und selbst organisieren müssen, und daß die Arbeiter nichts anderes tun können, als von der Arbeit ihren berechtigten Anteil zu verlangen. Dadurch ist der erste von der englischen Regierung unternommene Versuch, zur Verstaatlichung der Großbetriebe überzugehen, von den Arbeitern selbst grundsätzlich abgelehnt worden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Vom Evangelischen Oberschulrat ist am 16. Mai je eine ständige Lehrstelle in Calw an der Volksschule dem Doppellehrer Gwinner in Oberrniebelsbach und Ottenhagen dem Unterlehrer Christian Friß dajelbst übertragen worden.

Neuenbürg, 19. Mai. Das geradezu ideale Maienwetter am gestrigen Tage in Verbindung mit dem Umstand, daß am gleichen Tage in verschiedenen Bezirksgemeinden Gemeinderatswahlen stattfanden, daß ferner am Abend in Calmbach eine Wählerversammlung der Deutschen demokratischen Partei abgehalten war, leider auch eine bedauerliche Gleichgültigkeit und Verlehnung des furchtbaren Ernstes unserer politischen Lage in manchen Kreisen, dürfte die Ursache sein, daß die auf gestern Nachmittag in den Ankerjahl einberufene Wählerversammlung der Deutschen demokratischen Partei einen nur mäßigen Besuch

Anzeigenpreis:
Die einseitige Petitstelle oder deren Raum 20 g. außerhalb des Bezirkes 22 g. bei Ankaufserteilung durch die Geschäftsstelle 30 g. extra.
Reklame-Beile 50 g.
Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird keinerlei Gebühr übernommen.



aufwies. Das ist sehr bedauerlich, einmal im Hinblick auf die trefflichen Ausführungen des Redners, des Abgeordneten Johannes Fischer, über den uns angekommenen Gewaltfrieden und namentlich auf die geplante Protestkundgebung gegen diesen Gewaltfrieden. Diese allein hätte Veranlassung für jede Wählerin und jeden Wähler sein müssen, alles andere bei Seite zu setzen und durch einen Massenbesuch dieser Protestkundgebung einen besonders imponierenden, elementaren Nachdruck zu verleihen.

Der Vorsitzende, Oberamtspfleger Käßler, wies in seinen Begrüßungsworten auf die schwere Krise auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet hin, welche das deutsche Volk gegenwärtig durchzumachen habe, veranlaßt durch die harten Vorkämpfer des Krieges und die geradezu trübsamen Friedensbedingungen unserer Feinde und die ungünstige Lage im Innern selbst. Zu der Überwindung dieser Schwierigkeiten müsse jeder Deutsche sein Teil beitragen. Die Versammlung bezwecke neben einer Protestkundgebung gegen den Gewaltfrieden die Aufklärung über unsere politische Lage sowohl nach außen wie im Innern, im letzteren Falle namentlich über die Neuerungen auf dem Gebiet des Gemeindefriedens und über die Frage, welche Bedeutung die breiten Schichten des Mittelstandes in Stadt und Land im neuen Staat haben sollen. Die Deutsche demokratische Partei habe die Mittelschichten des deutschen Volkes als die Seele einer freien Entwicklung angesehen; sie zu schützen betrachte sie als ihre vornehmste Aufgabe; diesem Grundsatze werde sie auch künftig treu bleiben. Ueber alle diese einschlägigen Fragen werde Abgeordneter Fischer entsprechende Aufklärung geben.

In fast zweistündiger Rede führte Abg. Fischer einleitend aus, daß das deutsche Volk jetzt genötigt sei, sich klar zu machen, was es heiße, einen Krieg verloren zu haben; es müsse sich endgültig zum Bewußtsein bringen, ob es noch einen Sinn habe, an eine Zukunft Deutschlands als Volk und Nation zu glauben. Es scheint ihm, als ob viele den Glauben an sich selbst verloren hätten und nur noch so in den Tag hinein lebten. Wir müssen uns aber klar zu machen suchen, daß es jeden Einzelnen angeht und daß jeder Einzelne ungeheuer viel zu verteidigen und zu verlieren hat. Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß wir, ein zur Selbstbestimmung reif und frei gewordenes Volk, dieses Recht in dem Augenblick verloren haben, da es unseren Feinden gelingt, uns ihre Friedensbedingungen aufzuzwingen und durchzuführen. In der westl. Landes- und der deutschen Nationalversammlung steht als oberster Grundsatz: Alle Staatsgewalt geht in Württemberg und in Deutschland vom Volke aus. Diesen Satz müssen wir streichen und an seine Stelle setzen: Alle Staatsgewalt geht künftig von unseren Feinden aus, wenn der Gewaltfrieden der Feinde uns aufgezwungen wird; die junge Demokratie in Württemberg und in Deutschland ist dann nicht mehr ein Werkzeug in den Händen des deutschen Volkes sondern in der Gewalt einer rachedürstigen feindlichen Koalition. Unsere Volksgenossen müssen sich darüber klar sein, daß Deutschland verpflichtet werden soll, alle die Anordnungen und Maßnahmen durchzuführen, welche die Feinde für notwendig halten, um aus Deutschland das herauszuholen, was sie für erforderlich halten, um sich auf Kosten Deutschlands zu bereichern. Deutschland wird dann kein Kolonialvolk mehr sein, sondern nur noch eine Filialwirtschaft haben, ein Werkzeug in der Hand seiner Feinde. Und wenn das schöne Wetter die Leute ins Freie lockt (er gönne jedem diese Erholung), so sei der Zeitpunkt schlecht gewählt in einem Augenblick, wo der Feind sich die Unversämtheit herausnimmt, in unsere Lebensgenossenschaften herein zu rufen, weil Frankreich immer und immer wieder erklärt, wenn man den Deutschen Lebensmittel gebe, geben sie Geld für Nahrungsmittel aus und die Entente habe dann nicht mehr die Möglichkeit, aus dem deutschen Volk so viel herauszuholen, was sie zu ihrer Deckung für nötig halte. Es soll uns jede Gelegenheit genommen werden, künftig an Sonntagen ein behagliches Leben führen zu können. Dann befindet man sich vielleicht zu spät, daß wenn das deutsche Volk vor solchen Tatsachen steht, man auch ein paar schöne Stunden am Sonntag daran geben könnte, wenn es gilt, seinem Widerstand gegen einen Vernichtungsfrieden Ausdruck zu geben. Wenn irgend ein Gegner hereinsehen könnte, würde er sagen, soll das eine Protestkundgebung sein? Die Gegner würden Ebert und Scheidemann sagen, seid still mit Euren Protestreden, das deutsche Volk rührt sich ja nicht. Was ist dem deutschen Volke die Nation, die Selbständigkeit, seine kulturelle Entwicklung? Wenn die Deutschen nun zu Sklaven werden, dann haben sie ihr Los zum guten Teil selbst verdient. Unser Volk sieht auf der einen Seite nicht, vor welcher Katastrophe es steht, auf der anderen Seite sind diejenigen, welche es einsehen, zu machtlos, als daß sie sich durchsetzen können. (Fortf. folgt.)

Neuenbürg, 19. Mai. Mit der 2. musikalischen Aufführung zu Gunsten des „Kriegerdanks“, die Hr. D. Huber gestern abend im „Bären“ veranstaltete, konnte sie einen vollen Erfolg buchen, waren doch sämtliche Lokalitäten von einem kunstsinnigen Publikum dicht besetzt. Und keines der Anwesenden wird es bereuen, sein Erscheinen zu einem guten Zweck beigetragen zu haben, denn was in dem 18. Nummer umfassenden abwechslungsreichen Programm geboten wurde, war hoher Kunstgenuss. Zu den bewährten Kräften vom letzten Sonntag hatten sich noch weitere gestellt u. a. auch der Vizepräsident Neuenbürg, der unter Leitung von Musiklehrer Widmann mit dem wichtigen Männerchor „Das deutsche Lied“ als erste Programmnummer den Abend eröffnete. Seine weiteren Darbietungen: „Frühlingszeit“, „Von Frühjahrs“ und „Nun bricht aus allen Zweigen“ verkündeten das Wiedererwachen der schönen Solesnatur, während im Schlusssong „Die Heimat“ die Liebe zu derselben ihren Ausdruck fand. Der Sängern und Dirigent gespendete Beifall trat weiter in Erscheinung durch Ueberreichung von Kindern des Frühlings in Form von hübschen Straußchen.

Das Mitglied des Liederkranzes, Völkerversteher Emil Paist, stellte auch gestern wieder seine herrliche Tenorstimme in den Dienst einer guten Sache. Dem Solo „Der Frühling naht mit Brausen“, eine Neuheit, mußte er eine Dreingabe folgen lassen. Röhren auch die Strophen „Die Welt wird schöner mit jedem Tag, man weiß nicht, was noch werden mag“ eine gewisse Verwunderung in Bezug auf unsere politische Lage aus, so belebten demgegenüber die Schlusstrophen „Nun, armes Herz, vergiß der Qual, es muß sich alles, alles wenden“ die Hoffnung auf eine spätere bessere Zukunft. Auf dem Gebiete des Gesangs war es wiederum Hr. Droemer, die mit ihrem wohlklingenden Sopran in „Auf die lieben Engelchen“ und „Stimme eines Mädchens“, sowie in der Szene und Arie der Agathe aus dem „Freischütz“ mit besonderem Empfinden in seltener Stimmreinheit mitunter bei zartestem Pianissimo ihr Bestes bot. Auch hier fand der reichlich gespendete Beifall seinen Ausdruck in zwei Blumenpenden für die gefeierte Sängerin und ihre Partnerin, Hr. Huber. Der jugendliche Violinist Hr. Hans Brandt überraschte auch gestern wieder durch sein seelenvolles Spiel; die Art und Weise, wie er seine nicht leichte Aufgabe löste, rief unmißlich zu Beifallskundgebungen hin; im Hinblick auf seine Jugend und die Vorzüge seiner Leistungen berechtigt er zu den besten Zukunftshoffnungen. In dem Melodram „Des Sängers Fluch“ brachte Hr. Maria Manz ihre Vortragskunst äußerst effektiv zur Geltung. Wenn wir in vorstehendem einzelne Personen und Programmnummern herausgriffen, sollen deshalb die Leistungen der übrigen Mitwirkenden keineswegs in den Schatten gestellt werden, siehe doch jedes Einzelne seine Ehre darin, wirklich nur Gutes zu bieten; wir nennen hier die Hr. Julie Huber, Elisabeth Meck, Maria Staub, Berta Klausner, Eugenie Feldweg, Hßen, Hedwig Schumacher, Maria Manz und Herrn Ferd. Staub. Die Beifallskundgebungen mögen auch ihnen gezeigt haben, daß ihre Leistungen voll und ganz gewürdigt wurden. So darf die Veranstaltung als eine durchaus gelungene bezeichnet werden; allen Mitwirkenden gebührt Dank für die Opferwilligkeit, mit der sie ihre Kunst in den Dienst einer guten Sache stellten.

Waldrennach, 19. Mai. Bei der gestrigen Gemeindevorwahl stimmten von 294 Wahlberechtigten 238 ab. Es erhielten:

Bürgerliche Parteien: 1056 Stimmen = 5 Sitze,
Sozialdem. Partei: 825 Stimmen = 3 Sitze.

K. Langenbrand, 19. Mai. Für die hiesige Gemeinde wurde gestern Sonntag ein Arbeiter- und Bauernrat gewählt. Zu der Wahl war der Vorsitzende der Bezirks-, A. u. B. R., König Neuenbürg, erschienen, der die nötige Aufklärung über die Rechte und Pflichten der örtlichen A. u. B. R., sowie deren Tätigkeitsfeld gab. Gewählt wurden die Herren: Heinrich Beck, 1. Vors., Gottl. Fischer, 2. Vors., Gottl. Wankmüller, Joh. Wexle, Karl Eberhard, Schneider, J. M. Meisenbacher. Die Wahlversammlung verlief in bester Stimmung der Anwesenden, nur hätte ein besserer Besuch erwartet werden können.

Herrnals, 18. Mai. In der gutbesuchten Bahnhofhalle nahm gestern abend die Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden einen befriedigenden Verlauf. Da sich wegen der Verteilungswichtigkeit die Ankunft des Hauptredners verzögerte, begrüßte Oberlehrer Fuchs die Versammelten, legte Zweck und Ziele klar und empfahl den Wortlaut der Stuttgarter Entschliessung zur Annahme, was einstimmig geschah. Eine aufgelegte Liste zur Einzigeinung von Mitgliedern für eine Ortsgruppe der Deutschen demokratischen Partei fand zahlreiche Unterschriften. Zwischen der Redner, Landtagsabgeordneter Johannes Fischer, Stuttgart eingetroffen, und begann seinen Vortrag über „Demokratische Gemeindeverwaltung“. Die treffenden aus reicher Lebenserfahrung geschöpften Ausführungen festelten die Zuhörer bis zum Schluß. Der 1. Teil behandelte in vielseitiger Beleuchtung die Mitwirkung der Frau bei der zukünftigen Lösung der Aufgaben der Gemeindeverwaltung; sodann wurden die neuen gesetzlichen Bestimmungen über die örtlichen Wahlen sehr anschaulich und eingehend besprochen. Lebhaftes Interesse beanspruchten die Darlegungen über die Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden. Die Vorteile liegen nicht ausschließlich auf unserer Seite; für Baden, das nun eine so ausgedehnte feindliche Front bekommen soll, ist der wirtschaftliche und sozialpolitische Anschluß an den größeren Nachbarstaat ohne Zweifel ersprießlich. Solche Zusammenschlüsse unter den feindlichen deutschen Staaten werden ja künftig sicher in die Wege geleitet werden. Der Schluß war ein wirkungsvoller Aufruf an alle Kladdersteden, der Not der Zeit mit dem Willen zur Arbeit zu begegnen, getreu dem Carles'schen Mahnwort: „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ Nur dann dürfen wir hoffen, dem Vernichtungswillen unserer Gegner standzuhalten. — Mit Dankworten an den tief-schürfenden Redner schloß der Vorsitzende den Abend.

Württemberg.

Maulbronn, 18. Mai. In der Gemeinde Derdingen sind in letzter Zeit in verschiedenen Familien leichte Bodenfälle vorgekommen, ohne daß ein Arzt beigezogen oder Anzeige erstattet wurde. Daß jemand von einem an Pocken leicht Erkrankten auch eine schwere Pockenkrankheit sich zuziehen kann, zeigt ein vor einigen Tagen in Sterbensfeld vorgekommener Todesfall.

Reckartulm, 17. Mai. Im Beamtenstreik in den Reckartulmer Fahrzeugwerken führten die Verhandlungen am Donnerstag zu einem Abschluß; die Forderung der Beamten und Angestellten wurden lt. Reckartulm zum größten Teil erfüllt; es war eine Entschuldigungsvergütung gefordert von zusammen 170000 Mark, die erzielten durch die Verhandlungen den Betrag von 125000 Mark. Die gesamte Belegschaft des Betriebes hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Giengen a. Br., 17. Mai. Der 16 Jahre alte Sohn des Maschinenführers Fröhlich in denachbarten Lauingen han-

dierte in seiner elterlichen Wohnung mit einer Minenbombe, die er mit Pulver füllte, wobei sich dieses durch das Stopfen entzündete und mit einem Knall explodierte. Der bedauernde Verstoß erlitt so schwere Verletzungen an der Brust, daß der Tod alsbald eintrat.

Ulm, 17. Mai. Im Stadtbad ist der 15 Jahre alte Sohn eines Jagdführers tot aufgefunden worden. Wie das Unglück geschah, hat niemand beobachtet.

Ulm, 18. Mai. An der Generalversammlung des Schwäbischen Bauernvereins und seiner Zentralgenossenschaft nahmen hier über 300 Mitglieder aus dem ganzen Land teil. Das Vermögen der Genossenschaft beträgt 176 000 Mk. Sie besitzt ein Haus in Ulm. Der Vorstand wurde durch Zuwahl der Abgeordneten Freilmaier und Hlegaus von drei auf fünf Mitglieder vermindert, die Geschäftsanteile der Mitglieder von 50 auf 100 Mk. erhöht. Der Schwäb. Bauernverein zählt 425 örtliche Vereine mit über 23 000 Mitgliedern. Das Vereinsblatt „Bauernfreund“ wird in 28 000 Exemplaren gedruckt. Für Rechtsanwaltschaft und Rechtschutz sind 7 Rechtsanwaltschaften aufgestellt. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß der Bauernverein und die landwirtschaftlichen Vereine von heute noch scheidlich-scheidlich zusammenarbeiten können.

Riedlingen, 18. Mai. In dem Sägewerk und der Mühle von Julius Schlegel in Dürmentingen brach Feuer aus. Eine von hier entsandte Staatskommission wurde beauftragt. Im Verlaufe der Ausführungen wurde der Stationskommandant verlegt. Er selbst hat den 20jährigen Anton Paul erschossen. Das Vorkommnis bedarf noch näherer Aufklärung.

Ravensburg, 18. Mai. In einem hiesigen Gasthof hat ein Bauernsohn vom Lande ein Kalb eingeschmuggelt. Bei der Befolgung schloß er auf die Schutzleute zweimal, traf aber nicht, sondern konnte, obgleich er ein drittesmal zur Waffe greifen wollte, verhaftet und dem Gericht übergeben werden.

Baden.

Karlsruhe, 17. Mai. Am 19. Februar ist es bei der Revision einer Mühle in Sickingen zu schweren Unfällen gekommen, bei denen einer der Arbeiter getötet worden. Die Angelegenheit beschäftigte heute die 4. Strafkammer. Angeklagt waren 24 Einwohner aus Sickingen, als Zeugen waren 28 Personen geladen. Von den Angeklagten wurden sechs freigesprochen, die übrigen in Verhältnis ihrer Beteiligung von 6 Monaten bis 2 Wochen unter Anerkennung der erklärten Untersuchungshaft verurteilt. Dem einen der verurteilten Kontrolleure wurde eine Buße von 2181 Mk., den beiden übrigen Kontrolleuren eine solche von 1600 Mk. zugewiesen.

Lahr, 17. Mai. Ein schwerer Verbrechen wurde von einem zur französischen Besatzungsarmee gehörigen Soldaten an einer verheirateten Frau auf neutralem Gebiet bei Jochenheim unweit Lahr verübt. Die Frau war ungefähr 1 Kilometer von der Grenze des besetzten Gebietes auf ihrem Grundstück ihrer Gemortung beschäftigt, als sich ihr vor Mittag gegen 10 Uhr ein Soldat näherte, der ihr durch Zeichen zu verstehen gab, sie solle ihm in den nahe gelegenen Wald folgen. Die Frau unterbrach sofort ihre Arbeit und machte sich, um dem Jubringlichen aus dem Auge zu kommen, auf dem Weg nach Hause. Der Franzose lief ihr aber nach, holte sie ein, warf sie zu Boden und streifte ihr, um sie an Schreien zu verhindern, Erde in den Mund. Die Staatsanwaltschaft hat auf ergangene Anzeige sofort die Untersuchung aufgenommen; hoffentlich geschieht dies auch von der französischen Behörde des besetzten Gebietes.

Schopfheim, 17. Mai. In Endenburg spielte der 22jährige Landwirtschaftslehre Friedrich Forsthuber mit einer Mine die er militärischerseits in Verwahrung liegen hatte. Die Mine explodierte und zerriff den Unglücklichen auf der Stelle Schwere Wunden. 16. Mai. Das hiesige Bürgerweichtamt sieht sich gezwungen, zur Bekämpfung der hier besonders stark auftretenden Maitäferfragen Verteilungsprämien zu bezahlen. Für 10 Liter lebende Maitäfer werden 3 Mark vergütet.

Mannheim, 18. Mai. Von Schleichhändlern durch 5 Messerliche lebensgefährlich verletzt wurde der aus der Straßburger Polizeidienst in die Mannheimer Schuhmacherei übergetretene 46 Jahre alte Schuhmacher Karl Ernst von Rheinischhofheim, als er in letzter Nacht bei Sandhofen mit einem Volkswehrman ein von Walldorf kommendes vermisstes Hamterfabriwerk, das von 3 Personen besetzt war, durchsuchen wollte. Die Schleichhändler entkamen in der Dunkelheit. Der Schuhmacher wurde bewußlos in das Sandhofener Krankenhaus verbracht.

Vermischtes.

Berlin, 16. Mai. Ein verbrecherisches Mordmordmord am 14. Mai auf der Teltower-Kanalbrücke bei Bantow auf den fahrplanmäßig Berlin um 4.25 Uhr nachmittags verlassenden D-Zug nach Stuttgart verübt. Der unbekannt Täter, der sich in einem von Trebbin nach Berlin fahrenden Zuge befand, gab einen Schuß auf den D-Zug ab, wobei der 18jährige Maschinenchloffer K. in das Ellenbogengelenk getroffen und schwer verletzt wurde.

Berlin, 17. Mai. In Appeldorn bei Calcar wurde in der Nacht zum letzten Samstag durch drei Belgier ein Raubmord begangen. Eine angebliche belgische Patrouille für Kontrolle drang in eine Wohnung ein, löstete eine junge Frau und verletzte zwei Männer schwer durch Brustschüsse. Dann wurden von den Eingedrungenen 400 Mk. und zwei Uhren geraubt. Die belgischen Behörden behaupten, die Raubmörder seien verkleidete Deutsche gewesen, doch behaupten die beiden Schwerverletzten, daß die Täter Belgier waren und zunächst gebrochen deutsch und nachher französisch sprachen.

Kopenhagen, 16. Mai. „Politiken“ zufolge geriet gestern abend der Hamburger Schlepplampfer „Schulob“, der mit zwei beladenen Schlepplampfern von Hamburg nach



Barbus unterwegs war, im Kleinen Welt zwischen Affen und Thoren in ein deutsches Minenfeld und stieß auf zweiminen, die beide explodierten. Das Schiff flog in die Luft. Die Besatzung, bestehend aus 11 Mann, kam um. Dänische Kriegsschiffe eilten zur Hilfe herbei, konnten jedoch von der Bergung keine Spur mehr entdecken. Die beiden Schleppboote blieben unbeschädigt.

Kopenhagen, 16. Mai. „Politiken“ meldet aus Falde, daß vergangene Nacht das dortige Grandhotel durch eine Feuersbrunst vollkommen zerstört wurde. Der Brand brach um Mitternacht aus und überflaute die Gäste im Schlaf, die aus den Fenstern der drei Stockwerke springen mußten, um das nackte Leben zu retten. 11 Personen sind schwer verletzt. Wie bisher festgestellt wurde sind 6 Personen in den Flammen umgekommen.

Kriegsverluste. Der Verlust, den die Ärzte, Zahnärzte, Veterinäre, Apotheker und Feldgeistliche im Krieg erlitten haben, beziffert sich auf 1719 Mann. Es sind davon Ärzte 1463, Zahnärzte 14, Veterinäre 165, Apotheker 46 und Feldgeistliche 31. Württemberg ist an diesen Verlusten am meisten beteiligt mit 49 Ärzten, 1 Zahnarzt, 4 Veterinären und 1 Apotheker. Preußen mit 1081 Ärzten, 13 Zahnärzten, 155 Veterinären, 33 Apothekern und 24 Feldgeistlichen. Bayern mit 160 Ärzten, 14 Veterinären, 3 Apothekern und 1 Feldgeistlichen. Sachsen mit 71 Ärzten, 10 Veterinären und 6 Apothekern. Die Marine mit 83 Ärzten, 1 Apotheker und 3 Feldgeistlichen. Die Schutztruppe mit 6 Ärzten und 1 Feldgeistlichen.

Wie man einem den Mund wässrig macht? Was sagen Sie dazu? Eine Schilbkrötenlapp, ein Schweinskotlet mit 2 Beilagen, Nudeln, ein Glas Wein, und das alles für 70 Pfennige zusammen! — B.: Immerweller: Wo kriegt man denn in diesen Zeiten einen so billigen Mittagstisch? — Ja, wo? Wenn ich das sage, dann ging' ich ja selber hin!

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 18. Mai. Die Generaldirektion der Süddeutschen Eisenbahnen teilt mit: Von Montag, den 19. Mai an werden die Züge D 4/50 und D 61 wieder täglich zwischen Stuttgart und Karlsruhe. D 4/50 Stuttgart ab 4.47 Uhr nachm., Karlsruhe an 6.40 Uhr nachm. mit Anschluß an 11 nach Heidelberg und Frankfurt. D 61 Karlsruhe ab 7 Uhr nachm., Stuttgart an 9.12 Uhr nachm. Der Zug D 2 läuft vom gleichen Tage an auf dem kürzesten Wege von Frankfurt nach Darmstadt, Frankfurt ab 7.04 vorm. Darmstadt an 7.34 Uhr vorm., Darmstadt ab 7.50 Uhr vorm.; weiter nach Heidelberg und Leopoldshöhe (in Bruchsal Anschluß an Personenzug 71, Stuttgart an 12.38 Uhr nachm.) Weiter verkehren vom 19. Mai an eine Anzahl Personenzüge nicht mehr von Darmstadt über Dieburg-Oberrodach nach Frankfurt und umgekehrt, sondern auf dem kürzesten Wege zwischen Darmstadt und Frankfurt.

Berlin, 19. Mai. Wie das „Berliner Tageblatt“ hat, hat gestern der General v. D. Graf Max Montgelas als Professor Hans Delbrück nach Versailles gereist. Er wird an den Beratungen der für die Schuldfrage eingesetzten Kommission teilnehmen.

Berlin, 19. Mai. Einer der Sonderberichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“ in Versailles stellt gegenüber Behauptungen in der Pariser Presse, die dahingehen, Graf D'Amadeo-Rangau sei auf der Seite derer, die für die Unterzeichnung eintreten, fest, daß alle fünf deutschen Delegierten entschlossen sind und bleiben, dem Vertrag, wenn er nicht in wesentlichen, den Alliierten bereits bekannt gegebenen, die noch bekannt zu gebenden Punkten geändert werde, nicht zu unterschreiben.

Berlin, 19. Mai. Laut „Börslicher Zeitung“ will der „Main“ wissen, daß der deutsche Gegenvorschlag folgende Grundlinien haben werde: Deutschland verharre auf den 14 Punkten Wilsons und verlange Volksabstimmung in den westlichen Mittelmeer-Gebieten. Ueber die Saar Kohlen werde als Angebot eines Wirtschaftsgebietes erfolgen. Deutschland werde sich ferner zum Wiederaufbau der Zerstörungen verpflichten, wenn es die Belieferungen und diejenige Kohlenhilfe erhalte, die für die Wiederbelebung seiner Arbeit notwendig seien. Die Kontingentsziffer soll vorläufig höher bleiben als im Friedensvertrag festgesetzt worden ist. Als Beweis für einen ernstlichen Abrüstungswillen sei Deutschland bereit, die ganze Kriegsschiffe der Friedenszeit abzuliefern, falls die Dorschflotte zurückgegeben werde. Wenn dieser Vorschlag abgelehnt werden sollte, müsse die deutsche Regierung die Vertragsunterschrift verweigern.

Berlin, 19. Mai. Der gestrige Sonntag, schreibt der „Lokalanzeiger“, stand ganz im Zeichen der einmütigen Kundgebung der Berliner Bevölkerung gegen die Annahme des uns zugeordneten Gewaltfriedens.

Die „Berliner Volkszeitung“ hebt hervor, daß fast alle Parteien sich zu den gemeinsamen Veranstaltungen zusammenschlossen hatten, um gegen den Frieden in seiner jetzigen Form zu protestieren.

Das „Berliner Tageblatt“ meint: Denjenigen, die sagen, ob man nicht doch vielleicht unterschreiben sollte, kann man geantwortet werden: Lebt den Vertrag.

Berlin, 18. Mai. Zu vielen Tausenden hatten sich heute mittag gegen 12 Uhr Deutschösterreicher und Deutsche auf dem Wilhelmplatz und in der Wilhelmstraße vor der Reichskanzlei eingefunden, um gegen die in den Friedensverhandlungen offenbar gewordenen Bestrebungen der Entente, Deutsch-Österreich vom Deutschen Reich loszulösen und es dauernd zu trennen, zu protestieren.

Berlin, 19. Mai. Wie der „Vorwärts“ aus Versailles berichtet, ist die Absicht der französischen Regierung, den Vorlaut des Friedensvertrags endlich zu veröffentlichen, wieder rückgängig gemacht worden. Der „Vorwärts“ sagt dazu: Was mit der Verheimlichung des Friedensvertrags bezweckt werden soll, liegt auf der Hand: die Ententeblätter sollen eben nicht drinreden dürfen. So sieht das prächtige Selbstbestimmungsrecht der Völker im eigenen Hause aus, dessen Karikatur uns im Gewaltfriedensentwurf vorgeführt worden ist.

Berlin, 19. Mai. Im „Vorwärts“ wirft Erwin Barth die Frage auf: „Wer wagt die Entscheidung?“ Niemand hat glauben können, sagt er, daß in Paris Bestien statt Menschen der Welt statt des Friedens ein viel schlimmeres Werk als den Krieg selbst erfinden würden. Der Krieg hat Männer im Blute erstickt, der Frieden aber soll die Weiber und Kinder hinnordnen. Es muß mit Festhalten auf einer Volksabstimmung bestanden werden. Das Volk ist die höchste souveräne Instanz. Ihm muß die Entscheidung in die Hand gegeben werden. (Ob die breiten Massen in ihrer Vielgestaltigkeit die erforderliche Urteilsfähigkeit in dieser so schwerwiegenden Frage besitzen, bleibt wohl zu überlegen. Schriftl.)

Rotterdam, 18. Mai. In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 15. Mai erklärte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Hornsworth, der Ausbruch der Unruhen in Ägypten sei für das auswärtige Amt eine obliegende Ueberprüfung gewesen. Bei der Unterdrückung der Unruhen seien fast 1000 Ägypter getötet worden.

Versailles, 18. Mai. Besten ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau eine weitere, das Saargebiet betreffende Note übergeben worden. Dieselbe enthält Vorschläge deutscher Sachverständiger zwecks Deckung des französischen Kohlenbedarfs durch geeignete Mittel, als sie im Friedensvertragsentwurf vorgesehen sind. Ihre Veröffentlichung ist nur für den Fall in Aussicht genommen, daß hierauf auch von gegnerischer Seite Wert gelegt wird.

Paris, 17. Mai. Die Bestimmung im Friedensvertrag bezüglich der Forderungen an Österreich sieht die Bezahlung einer Entschädigung von 5 Milliarden Mark in Gold vor.

Reichsminister Sieberts über den Frieden.

Berlin, 18. Mai. In der Deutschen Allgem. Nachricht Reichsminister Sieberts, der am Samstag die Reise nach Versailles angetreten hat, über den Frieden: Keine Regierung kann diesen Vertrag unterschreiben mit der Ueberzeugung, daß er durchgeföhrt werden kann. Es ist eine glatte Unmöglichkeit. Das Bestehen der deutschen Friedensdelegation wird deshalb in erster Linie darauf hingehen, unsere Gegner von der Unerschlichkeit zu überzeugen und möglichst zwersprechende Gegenvorschläge zu machen. Deutschland muß sein nationales und wirtschaftliches Eigenleben seine Souveränität und Selbstständigkeit als Staatswesen unbedingt retten. Die Finanz- und Wirtschaftskommissionen, die unser Wirtschafts- und Finanzleben kontrollieren sollen, die Internationalisierung unserer Plätze usw. sind Bestimmungen, die sich mit einem demokratischen Staatswesen nicht vereinigen lassen. Garantien für die Durchführung übernommener Verpflichtungen wird Deutschland reichlich in anderer Form zu stellen vermögen. Ein Völkerverbund ohne Gleichberechtigung Deutschlands kann auf diesen Ehrennamen nicht Anspruch machen. Das Forum des Völkerverbundes wird ein Mittel sein, um für Deutschland eine gerechte und objektive Beurteilung in der Welt zu erlangen, sowohl bezüglich seiner christlichen Friedensliebe, wie auch seiner lokalen demokratischen Verfassung, und andererseits wird von diesem Forum aus die Arbeitsamkeit und die technische Tüchtigkeit des deutschen Volkes zur Kenntnis auch derjenigen Kreise gelangen, die bisher von uns nur als Hunnen, Barbaren und Vöcher redeten. Wenn Deutschland die von ihm anerkannten Verpflichtungen zur Wiedergutmachung der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs erfüllen soll, so muß ihm die Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsfreiheit in der Welt belassen werden. Der Friedensvertrag bedeutet den wirtschaftlichen Ruin unseres Landes. Wenn die Entente von uns verlangt, daß wir unseren finanziellen Verpflichtungen gerecht werden, so fehlt die Vernichtung unseres Wirtschaftslebens dazu im vollsten Gegenatz. Deutschland wird arbeiten und schaffen und wird, so schwer es ihm fällt, und so hart seine nächste Zukunft erscheint, seine Verpflichtungen erfüllen, aber mit als freies Volk, niemals als Arbeitsklave des internationalen Kapitals. Der Friedensvertrag der Entente bedeutet bei seiner Durchführung für die deutschen Arbeiter eine Herunterdrückung der Lebenshaltung auf das denkbar tiefste Niveau, eine Verlängerung der Arbeitszeit, Verschlechterung des Arbeiterschutzes und Zerrüttung und der sozialen Versicherung. Die Ententeblätter müssen sich zwei Dinge vor Augen halten, daß einmal die kampfgewohnte deutsche Arbeiterklasse sich in dieses Elend nicht hineinreden läßt und daß sie daher in dem von ihr kontrollierten unterjochten Deutschland niemals Ruhe und Frieden finden werden, und daß zum andern die großen finanziellen Bedingungen des Vertrages illusorisch sind, wenn nicht den deutschen Arbeitern ein friedlicher Arbeitswille geschaffen wird. Von diesen Gesichtspunkten aus sind die Bestimmungen über internationalen Arbeiterschutz und Arbeiterrecht von hervorragender Bedeutung. Der Friedensvertrag ist durchdrungen von dem Mißtrauen gegen das neue Deutschland. Wir müssen diesem Mißtrauen dadurch begegnen, daß wir die Entente zu überzeugen versuchen, daß im neuen Deutschland auch ein neuer Geist herrscht, d. h. ein Geist, der ehlich den Völkerverbund will und den Militarismus überwinden

hat. Unsere Feinde haben es in der Hand, einen wirklichen Völkerverbund herzustellen oder durch diesen Friedensvertrag den Grundstein zu neuen künftigen Kriegen zu legen. Wir sind bereit, für den künftigen Völkerverbund alle Garantien und Sicherheiten unsererseits zu bieten; niemals aber sind wir bereit, unsere nationale Selbstständigkeit herzugeben und das deutsche Volk für ewige Zeiten in die Sklaverei des imperialistischen Kapitalismus verschleppen zu lassen.

Reichsjustizminister Landberg und Reichspostminister Sieberts über den Verlauf der Verhandlungen.

Berlin, 17. Mai. In der Sitzung des Friedensausschusses machte, nachdem Reichsjustizminister Landberg und Reichspostminister Sieberts Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in Versailles erstattet hatten, Reichswirtschaftsminister Wiesel längere Ausführungen über die Wirkungen der Friedensbedingungen auf unser Wirtschaftsleben. Er führte u. a. aus, das deutsche Volk habe in seiner übergroßen Mehrheit geglaubt, daß die Friedensbedingungen den von Wilson aufgestellten Grundsätzen entsprechen würden. In diesem Sinne habe es den Waffenstillstand angeboten. Wie ihm die Gegner sich denken, wissen wir nun: Das deutsche Wirtschaftsleben soll erzwungen, das deutsche Volk zu einer Fron verurteilt werden. Alles Eigentum, alle Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen oder der durch sie beherrschten Gesellschaften innerhalb des Gebietes der alliierten oder assoziierten Mächte soll liquidiert werden können. Für sich nehmen die Gegner das Recht der Restbegünstigung in Anspruch, erkennen es aber Deutschland nicht zu. In den ehemaligen deutschen Kolonien und in Ägypten soll die Niederlassung der Eigentümerwerb, Handels- und Berufsausübungen für Deutsche von dem Ermessen der zuständigen Regierung abhängig sein. In Ost- und Westpreußen kann die französische Regierung in Zukunft ohne Zustimmung Deutsche an Bergwerken, Steinbrüchen und Metallbearbeitungswerkstätten ausschließen. Deutschland verpflichtet sich, die Ernennung von gegenseitigen Konsulatspersonen anzuerkennen, während ihm die Möglichkeit solcher Vertretungen nicht zugesichert wird. Die Kabel sollen abgetrennt, die Funkstationen unter Kontrolle gestellt werden. Auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft werden Forderungen an uns gestellt, die in ihrer Ungeheuerlichkeit kaum übertroffen werden können. Von unseren Staatswaldungen sollen wir fast 1 1/2 Millionen ha im Werte von fast 6 1/2 Milliarden Goldmark abtreten. Durch Volksabstimmung können uns weiter entzogen werden im Ganzen 412000 ha im Werte von 1,7 Milliarden Goldmark. Nach den Forderungen der Entente sollen wir 1236 Schiffe mit 454238 Bruttotonnen abliefern, sodas uns nur 585176 Bruttotonnen verbleiben. Durch die vollständige Auslieferung der Fischereiflotte werden etwa 64000 deutsche Seeleute brotlos gemacht. Die Hauptwasserwege Deutschlands sollen internationalisiert werden. Man fordert ferner 20 Milliarden Mark in Gold und weitere 40 Milliarden Mark Gold in Schuldverschreibungen. Sobald man die Ueberzeugung hat, daß Deutschland die Zinsen und Tilgungsraten für weitere 40 Milliarden Gold sicher aufbringen kann, sollen auch dafür Schuldverschreibungen ausgegeben werden. Auch soll Deutschland die Rückzahlung der Summen leisten, die Belgien von den Verbundregierungen bis zum 1. November entliehen hat.

Vom Dceanflug.

Newyork, 17. Mai. Das Wasserflugzeug Nr. 1 ist 200 Meilen nördlich von Fagal auf das Meer niedergefallen. Besatzung und Passagiere sind zu ihrem Beistand ausgelauten.

Berlin, 19. Mai. Wie die Morgenblätter berichten, wurde gestern das Riesensflugzeug der amerikanischen Marine, Top Curtis, mit seinem Führer Robd in Lissabon erwartet. Zwei andere Flugzeuge, die sich ebenfalls an dem Flug beteiligten, werden vermisst.

Trotz Kohlennot

kann jedes Dach sofort in Stand gesetzt werden. Die Ambi-Dachstein-Maschine liefert Falzziegel, Pfannen, Kronen usw. im Handbetrieb.

Anfragen an:

Ambi Abt. i. K. Charlottenburg 9

Arthur Müller Bauten und Industriewerke
Goldene Medaille und Staatspreis vom Reichsvorband für sparsame Bauweise

Neue Bestellungen auf den täglich erscheinenden „Enztäter“ werden fortwährend von allen Postanstalten, Postboten, von unserer Geschäftsstelle und den Austrägerinnen entgegengenommen.

Ueberarbeitete, geistig und körperlich heruntergekommene finden in **Leciferrin-Tabletten** ein vorzüglich und rasch wirkendes Präparat, um einen normalen Gesundheitszustand wieder herzustellen. Preis M. 3.— in Apotheken

**Bekanntmachung des Ministeriums des Innern,
betreffend Württembergische Bahnvorschriften.**

Nach immer scheint es nicht genügend bekannt zu sein, daß nach einer Verordnung der Preussischen Regierung vom 18. Januar d. J. (Staatsanz. Nr. 28, Reg. Bl. S. 50) jeder Nichtwürttemberger, der sich in Württemberg aufhält, sich durch einen Paß oder Paßersatz nach dem Muster im RM. 1916 S. 609 über seine Person ausweisen muß. Zuwiderhandelnde müssen gewärtigen, aus Württemberg ausgewiesen oder an der Landesgrenze zurückgewiesen zu werden.

Um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, die sich aus der Handhabung der genannten Vorschrift ergeben können, empfiehlt es sich übrigens auch für württembergische Staatsangehörige, Reisen innerhalb Württembergs bis auf Weiteres nicht ohne einem mit Lichtbild versehenen gültigen Reisepaß zu unternehmen.

Stuttgart, den 13. Mai 1919. Lindemann.

Verfügung des Arbeitsministeriums (Staatskommissars für die Demobilisierung), betreffend Uebertenerungszuschüsse.
Vom 8. Mai 1919.

Für die Gewährung von Uebertenerungszuschüssen für Straßen- und Wegebauten, die als Notstandsarbeiten ausgeführt werden, gelten folgende Grundsätze:

I. Gewöhnliche Unterhaltungsarbeiten an öffentlichen Straßen und Wegen sind nicht zuschussberechtigt.

II. Im übrigen ist zu unterscheiden, ob die öffentlichen Straßen und Wege, welche Gegenstand der Notstandsarbeiten sind, innerhalb oder außerhalb Eiters liegen.

1. Bei Straßen und Wegen innerhalb Eiters sind nur neue Anlagen zuschussberechtigt. Als solche gelten:

a) Anlagen von neuen Straßen und Wegen, wo bisher solche nicht bestanden, einschließlich Verlängerungen und Verlegungen von Straßen und Wegen.

b) Ausbauten und Umbauten von bereits vorhandenen Straßen und Wegen (Chaussierung oder Pflasterung bisher nicht chaussierter oder gepflasterter Straßen und Wege, Pflasterungen bisher chaussierter Straßen und Wege und umgekehrt, Anlegung von Bürgersteigen in Straßen und Wegen, wo bisher solche nicht bestanden, und ähnliches).

2. Bei Straßen und Wegen außerhalb Eiters sind außer neuen Anlagen auch außerordentliche Ausbesserungen zuschussberechtigt. (Vergl. Verfg. vom 25. Febr. 1919, Ziffer 2, zweiter Absatz, Staatsanzeiger Nr. 48). Unter letzteren sind solche zu verstehen, die über den Rahmen gewöhnlicher Unterhaltungsarbeiten hinausgehen. Letzteres ist in der Antragsurkunde unter Angabe des Umfangs und der Art des Unternehmens sowie des dabei in Betracht kommenden Kostenaufwands näher darzustellen. Schlichte.

Bekanntmachung.

In Ausführung des Art. 13 des Ges. vom 16. 6. 1882 betr. die Farcenhaltung und in Gemäßheit der Vollzugsverordnung vom 1. 12. 1897 ist für den Zeitraum vom 1. Mai 1919 bis 30. April 1922 die Oberschaubehörde für den Bezirk des X. landwirtschaftlichen Bauverbands folgendermaßen zusammengesetzt worden:

Gutsbesitzer Karl Adria in Debenwald, Vorsitzender, Dirschwart Kleiner in Eshausen O. A. Nagold, Mit-Schlichter, Selbold in Naizenbach O. A. Neuenbürg, glicder.

Als Stellvertreter sind bestellt worden:

Michael Reinfelder, Gallebauer in Schmiech O. A. Calw, Wilhelm Dingler, Gutsbesitzer in Calw, Gemeindepfleger Kochum in Sulz.

Neuenbürg, den 17. Mai 1919. Oberamt: Bullinger.

Neuenbürg.

Wahlen zur Landeskirchengerichtsversammlung.

Dienstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, werden im Evang. Gemeindehaus hier die Bewerber für die am 1. Juni stattfindende Wahl zur Landeskirchengerichtsversammlung in öffentlicher Versammlung sich vorstellen.

Einladung zum Besuch dieser Versammlung ergeht hiemit an die gesamte Wählerschaft, Frauen und Männer. Den 17. Mai 1919.

Evang. Kirchengemeinderat.

Landwirtschaftlicher Bezirksverein Neuenbürg.

In den nächsten Tagen stehen 60 Ztr. Natron-Salpeter (Ersatz für Chilisalpeter) zur Verfügung.

Bestellungen nimmt entgegen Kassier E. Weiß, Ottenhausen.

Neuenbürg, 19. Mai 1919.

Achsenwohl,

vorzügliches Wagenfett, von der Kriegsschmieröl-Ges. gen., keine Kriegsware, bleibt andauernd geschmeidig. — Bestellen Sie sofort eine Probe. — Preis A 3.60 per Rilo ab hier. Ebenfalls empfehle prima Leberfett und Duffett.

Erhard Birk, Landesprodukte, Schwennungen a. N. 16, Neue Straße 10. Vertreter gesucht.

Ihre Vermählung haben bekannt:

Hermann Erhard

Sägewerksbesitzer

und Frau **Hedwig**, geb. Zweigart.

Enzthal-Enzskloster/ Stuttgart,

17. Mai 1919.

Neuenbürg, den 19. Mai 1919.

Danklagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Tode und während der Krankheit unseres lieben Entschlafenen

Friedrich Herrigel

sagen herzlichen Dank die trauernden Hinterbliebenen.

Empfehle:

Frauen-Bundschürzen, blau Leinen, Arbeitsschürzen für Männer, grau Leinen, Arbeitsanzüge für Männer, Arbeitshosen

Küchen-Handtücher, grau Leinen, Knaben-Sweater in allen Größen und in großer ferner: Knaben-Sweater

Sensen, la. Qualität, Sensenwörbe, Rechen, Wehsteine, Gabeln, Auf's Mostansatz mit Süßholzf.

Erhard Kürble, Herrenalb, Klosterstr. gegenüber Pension Sibolt.

H. Maier, Heilkundiger, Pforzheim, Westliche 51

behandelt nach eigenem Verfahren mit autem Erfolg Kröpf, Brüche, Parästhesie, Ödemorrhoiden, Malaria, Bleichsucht, Wehfluß, Unterleibsleiden, Blut-Entzündungen u. s. f.

Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, vorm. 10—1 Uhr, nachmittags 4—6 Uhr.

Was ist für Frau erlaubt wenn sie liest?

Ein gutes Buch von Käthe Sturmfeld, gleich nützlich zu lesen für Jungfrau und Jüngling, Weib oder Mann. Bereits 40000 Bände verkauft. Preis M 2,70 portofrei gegen Vorkasse oder unter Nachn. durch Rodmod-Berand, Jenaerbach 93 (Wart.).

Flachs und Hanf

Im Herbst werden denjenigen Landwirten, die angebau haben, Freigabelscheine erteilt, um Flachs, Hanf und Berg für ihren eigenen Bedarf spinnen und weben zu lassen. Wir haben die Leinenspinnerei des Herrn Wilt. Jul. Mäuser in Vatersbrunn übernommen. Die Gabelt spinn und webt seit 45 Jahren im Lohn für Landwirte.

Wir suchen an jedem Platz Agenten, die den Flachs und Hanf von den Landwirten zur Verarbeitung zu Garn und Tuch übernehmen und bitten um Aufgabe von Adressen.

Leinenspinnerei und Weberei Vatersbrunn (Wart.), Langbein & Bühler.

Feinstes

Filder-Sauerkraut

zu den vorgeschriebenen Bedingungen prompt lieferbar.

Wilt. Wecker,

Weineffig- und Konservenfabrik, Heilbronn a. N., Fernsprecher 276 und 277.

E. SUGGER'S Institut für biochem.-physikal. Heilmethode

Herrenalb, Eitlingerstr. 148, Villa Ellbert: nächst der Post = 5 Minuten vom Bahnhof. Neu eingerichtet. Behandlung sämtlicher Krankheiten nach der Naturheilmethode und der Dr. Schüller'schen Biochemie. Spezialbehandlung bei offenen Beinen nach eigener Methode. Sprechstunden täglich von 9—12 Uhr und von 2—5 Uhr. Sonntags von 10—11 Uhr oder auf vorherige Anmeldung.

Platzmeister,

der in sämtlichen vorkommenden Lagerarbeiten durchschwendert ist, sofort gesucht.

Wilt. Bürkle, Holzhandlung, Birkenfeld.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Gier-Abgabe

am Dienstag, den 20. Mai 8 U. vorm. f. Nr. 1—125, 8 1/2 " " " " 126—250, 9 " " " " 251—375, 9 1/2 " " " " 376—500, 10 " " " " 501—625, 10 1/2 " " " " 626—Schl.

Städt. Lebensmittelstelle J. A.: Rienzle.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Diejenigen Haushaltungen,

die ihre Zudermarken vom Monat Mai bezw. Einmachzudermarken noch nicht eingelöst haben, wollen sich am Dienstag, den 20. ds., nachmittags 5 Uhr, mit Marken hier melden. Städt. Lebensmittelstelle J. A.: Rienzle.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Brenntorf

Anmeldungen zum Bezug von können am Dienstag, den 20. ds. Mitt., 5 Uhr nachm., hier gemacht werden. Der Preis ob hiesigen Bahnhofs wird etwa 7 Mark für den Zentner betragen. Städt. Lebensmittelstelle J. A.: Rienzle.

Neuenbürg.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Umzugs veräußere ich am nächsten Mittwoch, den 21. Mai, nachm. 2 Uhr:

2 Betten, Schreinwerk, eine bereits noch neue Badewanne u. sonstiger verk. Hausat.

Frau Robert Winter, Witw.

Neuenbürg.

Gestern vormittags gegen 11 Uhr ist an der Eisenbahnbrücke beim Bahnhof mein

Instrumentenkästchen

abhanden gekommen. Um sofortige Rückgabe wird ersucht. Stadtbaumeister Etribel

Brotbacktörbe

aus Strohgeflecht: für 3 und 6 Pfund, empfehlen billigst

Abel & Barchet, Pforzheim, Bäckerei Artikel.

Ein neuer

Divan,

(Kameltasche) und ein neuer Bettrost

(Friedensware) sind preiswert abzugeben. Näheres in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Trau-Ringe

empfehle Uhrmacher Löffler, Calmbach.

Neuenbürg. In meine Abfällerei kann sofort ein

Arbeiter

oder auch eine Frau eintreten A Kaiser.

Möbelschreiner

auf sofort. Ernst Kull, mech. Schreiner, Birkenfeld.

Schreiner-Gesuch.

Anständiger Schreiner kann sofort eintreten. Job und Logis eventl. im Hause. Wilhelm Hiller, Schreinermeister, Neuenbürg.

Wädchens

Wegen Erkrankung meines suche ich sofort eine

Mushilfe.

Frau Emma Seeger, Kunstmühle.

Hilfsarbeiterinnen

in meiner Filiale Birkenfeld können sofort einige eintreten.

Oskar Schenk, Celluloidwarenfabrik Pforzheim.

Infanterie-Stiefel

Post ganz neue sind zu verkaufen. In erfassen in der Geschäftsstelle des Enztälers.

Eine Kuh

mit Kalb hat zu verkaufen Gottfried Roth

Nachmittags-Einlagen

aus indische G-lisli; D. A. S. geg. gelunbheitsschadl. Adien Gerak der Nachmittags. Solten in best. Familie und Wohlstand sehr. Millionenfach bewährt. Sal. terien-Brend, wittreintred. 10 St. A 3.60 fr. wo keine Reduz. direkt Ch. m. Fabrik Pforzheim. In Wilb. b. Robert Treiber.

